

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]

Gesendet: Dienstag, 1. März 2011 09:23

An: 'pressestelle@wir-wollen-lernen.de'

Betreff: Appell betroffener Eltern: "Hände weg von den Sonderschulen" - Keine Inklusion mit dem Spar-Hammer

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulsekretariate
und liebe Schulleitungen,

das Hamburger Abendblatt berichtet heute über einen eindringlichen **Appell der Eltern von Kindern an Schulen mit Förderbedarf**, im Rahmen einer Umsetzung des von der ehemaligen Senatorin **Christa Goetsch** im Februar 2010 angeschobenen "Inklusions"-Projektes nicht die für die betroffenen Kinder wichtigen Sonderschulen zu schließen:

Hamburger Abendblatt v. 1.3.2011: "Hände weg von den Sonderschulen"

<http://www.abendblatt.de/hamburg/schule/article1800000/Haende-weg-von-den-Sonderschulen.html>

Gegen diese geplanten Kürzungen wehrten sich die **Schulleiter der Sprach- und Förderschulen** schon bei Bekanntwerden der Pläne im Februar 2010 geschlossen in einem Brief an die Behörde und betonten, dass eine integrative Förderung mit den neuen Berechnungsgrundlagen nicht zu leisten sei:

Neues Deutschland v. 18.2.2010: Aufschrei der Sonderschulen

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/165387.aufschrei-der-sonderschulen.html>

Wer sich den Wortlaut von **Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** in der Original-Quelle durchliest, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf der Website vorhält:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

http://www.bmas.de/portal/2888/property=pdf/uebereinkommen_ueber_die_rechte_behinderter_menschen.pdf

kann sich leicht selbst davon überzeugen, dass entgegen der politisch-ideologischen Verkündungen der ehemaligen Schulsenatorin Goetsch mit der UN-Konvention kein Plan für eine weltweite Einführung eines einheitlichen integrativen Schulsystems vorgelegt worden ist. Weltweit gibt es rund 650 Millionen behinderte Menschen, zwei Drittel davon leben in Entwicklungsländern. Mit dem UN-Abkommen wollten die Unterzeichnerstaaten als ersten globalen Ansatz zunächst überhaupt erst einmal die Integration Behinderter im Sinne der Konvention in die Gesellschaft und damit auch deren selbstverständliche (!) Aufnahme in die jeweiligen Bildungssysteme der Unterzeichnerstaaten umsetzen. **Von einer Zerschlagung von Sonder- und Förderschulen für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf**, wie sie als Ergebnis der Pläne des Goetsch-Modells droht, **und von einer kostensparenden Inklusion in nicht-förderungs-orientierte Schulen ist in der UN-Konvention mit keinem Wort die Rede.**

Das von Goetsch Anfang 2010 initiierte 'Inklusions'-Projekt für Hamburg stand demgegenüber in Verbindung mit dem seinerzeit auch in Form der Primarschul-Pläne noch generell verfolgten ideologischen Konzept einer möglichst weitgehenden Umstrukturierung der Hamburger Schulen in Richtung einer Einheitsschule. Deshalb überrascht es auch nicht, in der vom ehemaligen Goetsch-Staatsrat **Ulrich Vieluf** unterzeichneten **"Einsetzungsverfügung" vom 25. Februar 2010** für das Inklusions-Projekt (Link zum Dokument:

<http://www.hamburg.de/contentblob/2237092/data/einsetzungsverfuegung.pdf>) die aus der

Primarschul-Kampagne bekannten Namen von Mitgliedern der von Goetsch eingesetzten **Planungsgruppe Primarschule** und weiterer **Personen aus dem damaligen Umfeld Goetschs** zu finden, wie z. B.: **Armin Oertel** (ehem. Büroleiter von Senatorin Goetsch), **Thorsten Altenburg-Hack**, **Rolf Deutschmann** und **Evelyn de Lorent**, die Ehefrau des als Leiter der Planungsgruppe Primarschule bekannt gewordenen **Dr. Hans-Peter De Lorent**.

Wenn Sie sich vertieft mit dem **Thema Inklusion** befassen möchten, finden Sie weiterführende Informationen hierzu z. B. in dem Web-Portal Forum Sozialethik:

Forum Sozialethik v. 8.6.2010: Was heißt Inklusion?

<http://www.forumsozialethik.de/2010/06/08/was-heist-inklusion/>

Auszug: "... wird man bildungsethisch davon ausgehen müssen, dass es pädagogisch wie menschenrechtlich verfehlt wäre, auf sonderpädagogische Einrichtungen gänzlich verzichten zu wollen. Ein solch einseitiges Verständnis von "Inklusion" ist momentan in der Debatte um ein Recht auf Bildung sehr beliebt, verspricht aber keineswegs die bestmögliche individuelle Förderung für jeden Einzelnen. Nicht jede äußere Differenzierung im Schulwesen ist bereits diskriminierend. Ein solches Missverständnis von Diskriminierung verneint letztlich die vielfältigen individuellen Voraussetzungen, inhomogenen Bedürfnisse und differenzierten Förderansprüche. Ein solches Gleichheitsverständnis verkehrt legitime menschenrechtliche Forderungen in den Zwang staatlich verordneter Gleichmacherei - und widerspricht damit dem Charakter der Menschenrechte als Freiheitsrechte." (**Kunze, Axel Bernd** (2010): Was heißt "Inklusion"?. In: Forum Sozialethik [Weblog], 8 Jun. 2010. Online-Publikation: <http://www.forumsozialethik.de/2010/06/08/was-heist-inklusion/>. Abrufdatum: March 1, 2011).

Herzliche Grüße,
Ihr Team "Wir-wollen lernen!"

„Wir wollen lernen!“

Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-234
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahneempfehlung als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld.

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich

umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.